

29. IV. 1918

Eine Erklärung über die Stellung der Staatsbediensteten.

Die „Korrespondenz“ der deutschösterreichischen Nationalversammlung verlautbart: Trotzdem bereits in ganz zweifeloser Weise festgestellt worden ist, daß die in letzter Zeit bei einem Teile der staatlichen Angestellten hinsichtlich der Gestaltung ihrer nächsten Zukunft lautgewordenen Besorgnisse unbegründet sind, lassen doch neuerliche Mitteilungen erkennen, daß diese Beunruhigung noch nicht vollends geschwunden ist.

Es wird daher nochmals darauf hingewiesen, daß ein Anlaß zu solcher Beunruhigung nicht besteht. Dies gilt nicht nur für die deutschen Beamten, sondern insbesondere auch für die ehemals österreichischen Staatsbediensteten nichtdeutscher Nationalität. Die wegen Regelung der Verhältnisse der letzteren durchzuführenden zwischenstaatlichen Erörterungen werden von dem Bestreben geleitet sein, im wechselseitigen Einvernehmen zu einer der Billigkeit entsprechenden Lösung zu gelangen, und es darf bei dem Umstände, daß die beteiligten Nationalstaaten kein geringeres Interesse daran haben, die Existenz ihrer Angehörigen vor Gefährdung zu bewahren, mit Zuversicht auf einen befriedigenden Erfolg dieser Verhandlungen gehofft werden. Bezüglich der Staatsbeamtenbediensteten, welche vielfach der irriegen Meinung zu sein scheinen, daß die veröffentlichten „Richt-

linien“ auf sie keine Anwendung finden, steht die Ausgabe aufklärender Durchführungsbestimmungen bevor.